

Entschließungsantrag

der Abgeordneten KO Kickl, Mag. Amesbauer
und weiterer Abgeordneter
betreffend Asylstopp - Jetzt!

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 6, Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 2173/A der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz über die Impfpflicht gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG) (1312 d.B.) in der 139. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 20. Jänner 2022

Der Homepage des Sozialministeriums ist – in unzulässiger Vorwegnahme eines dafür nötigen Beschlusses des Parlaments – folgendes zu entnehmen:
<https://www.sozialministerium.at/Corona-Schutzimpfung/Impfpflicht/Allgemeine-Informationen.html>

„Um die Corona-Pandemie erfolgreich zu bekämpfen und das österreichische Gesundheitssystem zu schützen, ist eine hohe Durchimpfungsrate nötig. Daher wird in Österreich ab Anfang Februar eine allgemeine COVID-19-Impfpflicht gelten.“

Die Bundesregierung beabsichtigt gemäß dem vorliegenden Gesetzesentwurf, gegen gegen die eigenen Staatsbürger und gegen sämtliche rechtmäßig in Österreich aufhältige Personen mittels polizeilicher Kontrollen und Strafen vorzugehen.

Gleichzeitig unternimmt die Bundesregierung nichts gegen zigtausende illegale Migranten, welche nach Österreich kommen und sich hier illegal aufhalten. Es kommen täglich Migranten über unsere Grenze, trotz Assistenzeinsatz des Bundesheeres. Diese Personen sind vielfach weder getestet noch geimpft. Aber dieses Problem wird nicht weiter thematisiert.

Im Jahr 2021 wurden fast 40.000 Asylanträge in Österreich gestellt. Kein einziger dieser Migranten hat bisher in das Gesundheitssystem eingezahlt. Die meisten davon werden wahrscheinlich auch nichts einzahlen. Abgeschoben wird nur ein kleiner Bruchteil, der Großteil ist gekommen, um zu bleiben – und dies wird von der Bundesregierung toleriert.

Zum Schutz des österreichischen Gesundheitssystems und der österreichischen Bürger ist es daher unbedingt erforderlich, endlich einen Asylstopp zu verhängen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zum Schutz des österreichischen Gesundheitssystems und der österreichischen Bürger sofort einen „Asylstopp“ umzusetzen, indem die Grenzen wirklich gesichert werden und keine Migranten mehr nach Österreich kommen oder geschleppt werden können.“


(KICKL)


SCHWARZ

www.parlament.gv.at


SCHALLMEINER


AMESBAUER


BRECHNER

